



Infobrief

Eisenstadt, 11.06.2024

Betreff: Gemeindepaket der Bundesregierung – Erste Information und Bewertung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Werte AmtsleiterInnen!

Die Verhandlungen zum Finanzausgleich wurden im Herbst abgeschlossen. In Summe fließen durch den Finanzausgleich bis 2028 jährlich durchschnittlich rund 2,4 Milliarden Euro mehr vom Bund an Länder und Gemeinden. Für Kinderbetreuung, Pflege und Gesundheit, Wohnen und Sanieren gibt es noch im Juni die ersten 1,1 Mrd. Euro aus dem Zukunftsfonds für die Länder, die dann auch nach Verhandlungen zwischen Gemeinden und den Bundesländern an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Gemeinden brauchen aber dringend Liquidität, weil die Grunderwerbsteuer und die Ertragsanteile stagnieren. Daher hat der Bund ein neues Gemeindepaket geschnürt.

Die Details:

1. Der Bund stellt ein neues kommunales Investitionsprogramm mit zusätzlichen 500 Mio. Euro auf. Für dieses KIP IV ab 2025 wird der Kofinanzierungsanteil der Gemeinden auf 20% reduziert.
2. Für das bestehende KIP III von 2023 wird die Frist von Ende 2024 um weitere 2 Jahre erstreckt. Damit sollen auch die noch im Topf befindlichen Mittel iHv 400 Mio. Euro abgerufen werden können. Hier bleibt allerdings der Kofinanzierungsanteil der Gemeinden bei 50%.
3. Der Bund gewährt den Gemeinden im Jahr 2025 – und zwar im Jänner – eine Finanzausweisung iHv 300 Millionen Euro. Gleichzeitig müssen jene Mittel iHv 300 Mio. Euro, die die Gemeinden durch den FAG als „Darlehen“ bekommen haben, zurückgezahlt werden – hier wird noch über eine Friststreckung verhandelt.
4. Der digitalen Übergang in den Gemeinden (Hilfe für BürgerInnen seitens der Gemeindeverwaltung) in den nächsten 4 Jahren wird mit insgesamt 120 Mio. Euro gefördert. Die Gemeinden sollen mit diesem Geld für die leichtere Handhabung der ID-Austria eigene Registrierstellen oder Ansprechpartner einrichten.

Einschätzung des GVV Burgenland:

Das nun auf Druck von uns GemeindevertreterInnen vorgelegte Paket ist ein weiterer Schritt, aber es ändert nichts an den strukturellen Problemen, die die Kommunen haben. Es kann - aus Sicht des GVV – nicht sein, dass die Städte und Gemeinden sich von einem Hilfspaket zum nächsten Hanteln und wir als unterste Gebietskörperschaft mit vielfältigen und bürgernahen Aufgaben permanent in der Rolle eines

Alle Formulierungen gelten auch in der weiblichen Form

Bittstellers sind, darum verweist der GVV Burgenland auch immer wieder auf die (noch immer) fehlenden Strukturreformen für eine nachhaltige Gemeindefinanzierung. Daher werden heuer über die Hälfte der Gemeinden in Österreich Abgangsgemeinden, da vor allem die dringend notwendige Liquidität fehlt, da dieses neue „Paket“ der Bundesregierung wieder ein Kofinanzierungspaket darstellt.

Im Burgenland haben wir in Zusammenarbeit mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Gemeindereferentin Astrid Eisenkopf, gemeinsam mit dem Gemeindebund Burgenland sowie Städtebund Burgenland, ein strukturelles Gemeindeentlastungspaket geschnürt, das nachhaltig wirken würde.

Hier ist allerdings die Blockade durch die ÖVP im Landtag (noch) aufrecht. Die SPÖ geführten Gemeinden haben weitgehend eine Angebotsannahme des Landes (jährlich 38 Mio. Euro, wertgesichert) beschlossen. Daher verweisen wir nochmals auf die Anträge, die der GVV per Mail ausgeschickt hat! Eine positive Beschlussfassung im Gemeinderat hilft uns, weiter für dieses Burgenlandpaket für mehr Liquidität in den Kommunen Druck zu machen.

Die generellen Forderungen des GVV an die jetzige und künftige Bundesregierungen bleiben auch weiterhin aufrecht:

- ⇒ Eine vertikale Änderung des FAG ist notwendig (**strukturelle Maßnahme**), damit die Städte und Gemeinden von ihren zugewiesenen Mitteln nicht nur überleben, sondern auch wieder gestalten können. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der geforderte Anteil der Gemeinden von 15 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesabgaben nicht vermessen, sondern dringend notwendig ist, will man die bürgernächste Verwaltungsebene finanziell handlungsfähig erhalten.
- ⇒ Jede/r Gemeindebürger/in in Österreich muss gleich viel pro Kopf wert sein (**strukturelle Maßnahme**)
- ⇒ Es muss auch Schluss mit andauernden Anschubfinanzierungen und komplizierten Transferzahlungen.
- ⇒ Kurzfristig braucht es weiter mindestens eine 1 Mrd. Euro an frischem Geld, um die Aufrechterhaltung des Betriebs - und hier reden wir noch nicht von Zukunftsgestaltung - zu ermöglichen.
- ⇒ Es bedarf dringend eines Kommunalgipfels mit Bund, Ländern, Gemeinden und Experten, um eine Reform der Aufgaben und Finanzierung zentraler Aufgabenbereiche des Staates wie Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung und einer adäquaten Finanzausstattung der Gemeinden zu ermöglichen (**strukturelle Maßnahme**).

Für den Verband



Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer GVV



Patrick Hafner, MA
2. Landesgeschäftsführer GVV

Alle Formulierungen gelten auch in der weiblichen Form